

SPD demokratischer pressediens

P/XXVIII/68

6. April 1973

Die SPD in Hannover

Anmerkungen zum Parteitag vom 10. bis 14.
April

Seite 1 bis 3 / 103 Zeilen

Die Diskussion im SPD-Pressediens

Godesberg ist aktueller denn je

Zum Thema Reformpolitik und Jungsozialisten

Von Klaus-Detlef Funke

Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft der
Jungsozialisten in der SPD

Seite 4 / 44 Zeilen

Der Auslandsbericht des SPD-Pressedienstes

Soll Scheel nach Athen fahren?

Fazit aus einem Informationsbesuch in
Griechenland

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises Außen-
und Sicherheitspolitik, innerdeutsche Bezie-
hungen, Europa- und Entwicklungspolitik

Seite 5 bis 7 / 118 Zeilen

Die SPD in Hannover

Anmerkungen zum Parteitag vom 10. bis 14. April

Die Aufmerksamkeit im In- und Ausland richtet sich in der kommenden Woche auf den 20. Parteitag der traditionsreichen deutschen Sozialdemokratie in Hannover, jener Stadt, in der der unvergeßliche Kurt Schumacher in den Tagen des Zusammenbruchs 1945 diese Partei neu begründete. Freundliche, besorgte, aber auch gehässige Kommentare versuchen die Bedeutung dieser April-Tagung zu erfassen, die vor dem Hintergrund des größten Wahlsiegs der SPD abgehalten wird und dadurch ihr besonderes Gewicht erhält. Alles, was innerhalb dieser großen Volkspartei geschieht, was sie beschließt, was sie tut und was sie unterläßt, hat unverkennbare Auswirkungen nicht nur nach innen, sondern auch nach außen; das findet schon seinen Niederschlag in der ungewöhnlich großen Zahl ausländischer Presseteilnehmer aus West und Ost.

In ihrer 110jährigen, von Ruhm und Tragik, von Sieg, Niederlagen und blutigen Verfolgungen gekennzeichneten Geschichte hat sich die SPD - wovon ihre Gründer nur zu träumen wagten - unter Willy Brandt zur führenden und bestimmenden politischen Kraft in Staat und Gesellschaft entwickelt und das Vertrauen nahezu der Hälfte der Wähler gewonnen. Diese älteste deutsche Partei ist zugleich die modernste Partei mit der größten Faszination und Anziehungskraft auf unsere Jugend, was die Analysen des Wahlergebnisses vom 19. November 1972 eindrucksvoll belegen. Seit der Verabschiedung des Godesberger Programms, heute in viele Sprachen übersetzt, hat die SPD die Kraft zur inneren Erneuerung bewiesen, Fesseln abgelegt und den Weg nach vorn geöffnet, ohne das Gebot preiszugeben, mit dem sie die Bühne der Geschichte betraten hatten: Staat und Gesellschaft so zu gestalten, daß sie zur inneren Heimat aller Staatsbürger und zu keiner Gefahr für unsere Nachbarn werden. Dies bleibt im raschen Wechsel der Zeiten eine immerwährende Aufgabe und Verpflichtung. Sie stellt sich allen Generationen.

Eine von der katholischen "Deutschen Tagespost" veröffent-

lichte Umfrage hat ergeben, daß 62 vH. der Bundesbürger glauben, die SPD betreibe in ethischen und moralischen Fragen eine bessere Politik als die CDU, und dieses Votum erfolgte auf dem Höhepunkt der Diskussion um die Reform des § 218. Willy Brandt sagte einmal, keine Politik sei etwas wert, wenn sie nicht dem Menschen diene. Dem Menschen zu dienen, ihm die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit zu sichern, dem Schwachen zu helfen, die Macht der Mächtigen zu berechnen: das bestimmt den Weg und das Wollen der deutschen Sozialdemokratie.

Eine fast 20jährige ununterbrochene Herrschaft der Unions-Parteien hat dazu beigetragen, daß sich die Bundesrepublik Deutschland nach der Währungsreform zu einem kapitalistischen Naturschutzpark entwickeln konnte, in dem die sozialen Probleme zu sehr im Schatten standen. Die Entfaltung eines kaum gehemmten wirtschaftlichen Egoismus war das Merkmal der 50er und 60er Jahre; was heute unter Gemeinschaftsaufgaben verstanden wird: mehr und bessere Schulen, umfassendere Bildung, mehr Chancengleichheit und Mitbestimmung für jedermann, mehr Umweltschutz, mehr Gerechtigkeit in der Vermögensbildung - das alles kam zu kurz, und an den Folgen dieser Vernachlässigungen leiden wir heute. Nach der Währungsreform 1948 schoß die Zahl der Millionäre in die Höhe wie Pilze nach einem warmen Regen. Dieses Ungleichgewicht provozierte das Gerechtigkeitsgefühl und forderte es bei einer Jugend heraus, die, nach dem Kriege und ohne seine Belastungen geboren, andere Wertvorstellungen und moralische Ansprüche entwickelt hat. Es beunruhigt auch die Kirchen beider Konfessionen. Von den Unions-Parteien haben sie freilich kaum Unterstützung zu erwarten. Die Sozialausschüsse der Union führen ein ohnmächtiges Dasein und sind im großen Rahmen ihrer konservativen Partei zur Wirkungslosigkeit verurteilt.

Die "Gemeinsame Zeitung", das Organ der katholischen Arbeitnehmerbewegung, bemerkte kürzlich, daß der Sozialkatholizismus, der mittlerweile zu viel an Boden verloren habe, auf der Hut sein müsse. Habe er nicht schon einmal das Erstgeburtsrecht sozialer Neuordnung für das Linsengericht eines "neoliberalen".

Wirtschaftswunders" verkauft? Habe man ihn nicht um die Frucht seiner Arbeit gebracht, als man bei der Verwirklichung der "sozialen Marktwirtschaft" den wirtschaftlichen Egoismus so weit entfesselte, daß man der sozialen Leitidee die Luft nahm?

Die SPD, geprägt von einer großen Vergangenheit, hat in der Zeit, in der sie auf Bundesebene mitwirkt, die sozialpolitische Landschaft der Bundesrepublik gründlich verändert, sowohl in den Zeiten der Großen Koalition als auch im Bündnis mit den Freien Demokraten. Sie versucht die Auswüchse zu beseitigen, die eine CDU-Herrschaft als Erbschaft hinterließ, und die Bahn freizuhalten für den weiteren Ausbau unseres freiheitlich sozialen Rechtsstaats. Die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall schuf einen Unrechtstatbestand aus der Welt, die Verbesserung des Betriebsverfassungsgesetzes und die Verabschiedung des Städtebauförderungsgesetzes sind Schritte auf dem Wege zur Humanisierung des Lebens. Ein von der sozialliberalen Koalition verbesserter Mieterschutz nahm Millionen von Bürgern die Furcht, über Nacht auf die Straße gesetzt zu werden. Mit den Stichworten Vermögensbildung auch für Arbeitnehmer, Bekämpfung der Bodenspekulation und Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit setzte sie neue gesellschaftspolitische Akzente. Sie bestimmen den Gehalt der heutigen gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen und sind auf der Tagesordnung schöpferischer Gesellschaftspolitik durch Reformen nicht mehr wegzudenken.

Die fast 1.000 Anträge, die dem Parteitag in Hannover zur Beratung vorliegen, zeugen von der Vitalität und geistigen Lebendigkeit der SPD. Diese Aktivität in allen ihren Gliederungen bewahrt sie vor der Gefahr der Erstarrung. Es wird auch diesmal in Hannover leidenschaftliche Diskussionen geben, Meinungen werden hart aufeinanderprallen, aber jene "Beobachter", die hoffen, daß der innere Zusammenhalt der Partei gefährdet sei, dürften enttäuscht werden. Weder wird es Beschlüsse geben, die in Widerspruch stehen zum Dortmunder Wahlprogramm, mit dem der 19. November gewonnen wurde, noch steht das Godesberger Programm, das die grundsätzliche Basis der deutschen Sozialdemokratie bleibt und für viele Jahre bleiben wird, zur Diskussion. Hier muß noch vieles verwirklicht werden.

Gerade dieses Programm hat die deutsche Sozialdemokratie zur bestimmenden Kraft deutscher Politik werden lassen und sie international zu einem wertvollen kooperativen Faktor im Zusammenleben der Völker und Staaten gemacht. Kein verantwortlicher Delegierter wird das aufs Spiel setzen wollen. Dazu war der Wählerauftrag vom 19. November 1972 zu eindeutig. Er schließt das langfristige Bündnis mit den fortschrittlich-liberalen Kräften unseres Volkes ein.

Albert Exler
(-/6.4.1973/bgy/ex)

Die Diskussion im SPD-Pressedienst

Godesberg ist aktueller denn je

Zum Thema Reformpolitik und Jungsozialisten

Von Klaus-Detlef Funke

Pressesprecher der Arbeitsgemeinschaft

der Jungsozialisten in der SPD

Die Strategie der Jungsozialisten - so wird im Vorfeld des Parteitags unterstellt - habe mit sozialdemokratischer Reformpolitik nichts gemein.

Wer dies behauptet, leistet der Sozialdemokratie einen Bären-dienst und arbeitet der CSU/CDU in die Hände. Denn um was geht es den Jungsozialisten? In erster Linie darum, auf der Grundlage des Godesberger Programms die Theoriediskussion zu forcieren - und durchaus, wie das Godesberger Programm ausdrücklich anerkennt, auf der Grundlage der marxistischen Analyse. Denn Praxis ohne Theorie führt ebenso ins Chaos wie umgekehrt. Die Jungsozialisten arbeiten einerseits mit ihren Aktionen sehr eng mit der Bevölkerung zusammen. Sie gehen bei ihrer Doppelstrategie davon aus, eine wachsende Gegenmacht der Lohnabhängigen zu organisieren, um langfristig eine Aufhebung der Verfügungsgewalt der Kapitaleigner über die Produktionsmittel zu erreichen. Damit befinden sie sich im Einklang mit der sozialdemokratischen Zielsetzung des Parteiprogramms, das festgestellt hat, daß die führenden Kräfte der Großwirtschaft mit ihrer durch Kartelle und Verbände gesteigerten Macht einen Einfluß auf Staat und Politik gewinnen, der mit demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar ist. Und: "Sie usurpieren Staatsgewalt; wirtschaftliche Macht wird zu politischer Macht".

Von diesem Ausgangspunkt, der nichts mit "Dogmatisierung der Eigentumsfrage" zu tun hat, analysierten und kommentierten die Jungsozialisten den "Orientierungsrahmen 85". Wir alle haben noch den von der CSU/CDU im Wahlkampf praktizierten Klassenkampf von oben in guter Erinnerung.

Im Langzeitprogramm wird deutlich festgestellt, daß die von der Einschränkung ihrer Machtpositionen Betroffenen ihren ganzen politischen und wirtschaftlichen Einfluß mobilisieren werden, um einen Abbau ihrer Vorrechte zu verhindern. Hinweise auf die "Macht durch die Wählerstimmen der Vielen" ersetzen nach Auffassung der Jungsozialisten noch nicht die notwendige Strategie zur Überwindung dieses Widerstandes und der Durchsetzung von Reformen. Die Jungsozialisten gehen also davon aus, daß beispielsweise ohne eine Strategie des gestuften Konflikts mit dem Großkapital eine demokratische Planung im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung nicht durchsetzbar ist. Um die unvermeidbaren Konflikte durchzustehen, müssen die Arbeiter und Angestellten für eine "neue Wirtschafts- und Sozialordnung" mobilisiert werden, für den demokratischen Sozialismus, der durch wirksame öffentliche Kontrolle den Machtmißbrauch der Wirtschaft verhindert und ohne eine demokratische Kontrolle der Investitionen nicht zu erfüllen ist.

Godesberg ist also aktueller denn je. Die Jungsozialisten nehmen diese Forderungen ernst. (-/6.4.1973/ks/ex)

Der Auslandsbericht des SPD-Pressedienstes

Soll Scheel nach Athen fahren ?

Fazit aus einem Informationsbesuch in Griechenland

Von Kurt Mattick MdB

Vorsitzender des Fraktionsarbeitskreises

Außen- und Sicherheitspolitik, innerdeutsche

Beziehungen, Europa- und Entwicklungspolitik

Es wäre leichtfertig, eine Prognose zu wagen: Das Regime in Athen mag auf schwankendem Boden stehen, dieser Boden kann aber noch lange halten.

Die Obristen zu verdrängen, das kann keine Aufgabe der internationalen Politik sein; von außen ist es bestenfalls möglich, Hilfestellungen zu geben. Entscheidend für die Lebensdauer des Obristenregimes ist die innenpolitische Entwicklung Griechenlands.

Es ist sicher richtig, wie die meisten Beobachter es einschätzen, daß 80 vH. der Bevölkerung Griechenlands dem Regime keine Sympathie entgegenbringen und auch keinen Finger für seine Erhaltung rühren würden. Es ist aber ebenso richtig, daß sich für diese 80 vH. bisher keine echte Alternative abzeichnet.

Die Obristen regieren nicht nur kraft eigener Macht, sondern mindestens ebenso dank der Schwäche ihrer Gegner. Dies resultiert nicht zuletzt aus der Erinnerung im Volke an das Nichtfunktionieren der Demokratie vor der Machtergreifung durch die Junta. Die Studenten, die an den jüngsten Unruhen beteiligt waren, genießen sicherlich Sympathien in der Bevölkerung, eindeutig für sie eingetreten sind nur einige Intellektuelle, teilweise auch unter erheblichem persönlichem Risiko. Eine Solidarisierung wenigstens von Teilen der Bevölkerung oder der Arbeitnehmerschaft mit den protestierenden Studenten wurde aber nicht sichtbar.

Es stellt sich die Frage, ob sich in einer Diktatur überhaupt eine für die Öffentlichkeit überzeugende Alternative zum bestehenden Regime darstellen kann. Im Falle Griechenland wäre dies sicher vorstellbar, denn noch gibt es für oppositionelle Kräfte Möglichkeiten, zu agieren und sich weithin bemerkbar zu machen.

Lange Zeit hatte die Effektivität der griechischen Opposition darunter gelitten, daß sie sich nicht auf eine gemeinsame Haltung verständigen konnte. Wenigstens in einem Punkt ist man sich jetzt einig geworden: Nachdem sich der frühere konservative Ministerpräsident Karamanlis, der nicht erst seit der Machtübernahme durch die Junta in Paris lebt, bereit erklärt hat, gegebenenfalls die Ministerpräsidentschaft in einer neuen demokratischen Regierung

zu übernehmen, haben alle oppositionellen Gruppen dies akzeptiert. Ob aber diese oppositionellen Gruppen wenigstens in dieser Frage größere Teile der Bevölkerung hinter sich haben, das ist schwer einzuschätzen.

Ohne Zweifel haben die Obristen in den ersten Jahren ihrer Herrschaft für verschiedene Gruppen der Bevölkerung wirtschaftliche Verbesserungen gebracht - so etwa für die Landwirtschaft - und, wie meist, wenn Diktaturen an die Macht kommen, zunächst "Ruhe und Ordnung" hergestellt. Mit ihren früheren Gegnern sind sie keineswegs glimpflich umgegangen, und was uns da aus dem "Land der demokratischen Tradition" zur Kenntnis kam, war und ist erschütternd.

Die Obristen wußten, daß sie gegenüber der NATO jederzeit die geographische Lage ihres Staates ins Spiel bringen konnten. Die Wichtigkeit dieses "Arguments" zeigte sich insbesondere auch am Verhalten der USA, die mit ihrer Mittelmeerflotte der am stärksten unmittelbar betroffene NATO-Partner waren und sind. So kam es leider zu keiner gemeinsamen Haltung aller NATO-Partner in der Frage, wie man sich gegenüber den Obristen einstellen sollte.

Dennoch setzt die griechische Bevölkerung auch innenpolitische Hoffnung auf die NATO. Die westeuropäischen Partner, insbesondere die Bundesrepublik, genießen großes Ansehen, und dies bedeutet letztlich auch ein Stück direkte Einflußmöglichkeit, die man nicht unterschätzen sollte. Die Besorgnis mancher westlicher Politiker, die Obristen könnten notfalls den Versuch machen, sich mit der Sowjetunion zu liieren, ist unbegründet. Wenn es für sie überhaupt eine Stütze in der öffentlichen Meinung gibt, dann ist dies die Erinnerung an den dreijährigen Bürgerkrieg, für den nach Meinung der meisten Griechen die Kommunisten alleine verantwortlich waren.

Mein jüngster Aufenthalt in Athen war bestimmt von dem Wunsch, Informationen zu sammeln, soweit man das durch Gespräche kann. Mir kam es darauf an, möglichst viele Angehörige der Opposition und der Verfolgten, aber auch Repräsentanten der Regierung zu sprechen. Nach diesen Gesprächen zeichnet sich für mich folgendes Bild ab:

Es gibt sicher in der Regierung der Obristen einige, denen es angenehm wäre, wenn man allmählich zu demokratischeren Zuständen zurückkommen könne; allerdings unter der Voraussetzung, daß die Vertreter des Regimes dabei nicht durch den Rost fallen. Damit sind schon die engen Grenzen dieser Vorstellungen aufgezeigt, denn freie Wahlen werden kaum eine Chance des politischen Überlebens für die Obristen bieten.

Daneben gibt es unter den Militärs eine Gruppe, denen Papadopoulos nicht hart und scharf genug ist. Sie lauern offensichtlich auf eine Gelegenheit, um eine Verschärfung des Kurses durchsetzen zu können. Solche eine Gelegenheit stellten für diese Kräfte die Studentenunruhen dar. Die Verhaftung von sechs Anwälten

und, in den letzten Tagen noch, von Prof. Dr. Tsatsos, muß die Vermutung auslösen, daß die Studentenrevolte u.U. als Vorwand für weitere Druckmaßnahmen der Regierung gegen die gesamte Opposition dienen soll. Auf diesbezügliche Fragen wurde bedeutet, daß der Staat schließlich seine Würde wahren müsse. "Staat" ist in diesem Fall die Junta, und die Würde des Staates ist die sogenannte Würde der regierenden Obristengruppe. Nachdem auf der einen Seite durch den Ministerpräsidentenerlaß vom 16. Dezember 1972 alle, die in der Vergangenheit aufgrund des Belagerungszustandes von Militärgerichten abgeurteilt wurden, die Möglichkeit erhalten haben, vor Zivilgerichten Berufung einzulegen, scheint ein Teil der Obristengruppe durch schärfere Maßnahmen die Opposition einschüchtern zu wollen. Die Widersprüche innerhalb der Junta zeichnen sich hier sehr deutlich ab.

Die Frage, wie wir auf diese Vorgänge reagieren sollen, ist gründlich abzuwägen. Meiner Ansicht nach sollte die Frage des Scheel-Besuchs nicht so diskutiert werden, als ob darüber heute entschieden werden müßte. Da der Besuch sowieso zunächst auf den Herbst vertagt wurde, wäre es vielleicht richtiger, die Frage offenzulassen und die Entscheidung von der Entwicklung in Griechenland abhängig zu machen. Gegenwärtig zumindest glauben die meisten Oppositionellen, daß ein Besuch Scheels in Griechenland das Regime unterstützen und die Stimmung in der Bevölkerung gegen die Bundesrepublik mobilisieren würde. Dies kann im Herbst ganz anders aussehen. Schließlich wird der Außenminister sich nicht darauf beschränken, mit den Vertretern der Regierung beim festlichen Mahl zu sitzen, sondern wird, wie das auch in anderen Ländern üblich ist, ebenfalls mit der Opposition sprechen wollen.

Der Besuch oder Nichtbesuch eines Außenministers muß aber mindestens ebenso entscheidend von den eigenen außenpolitischen Interessen abhängig gemacht werden, wie von der innenpolitischen Lage des jeweiligen Partnerstaates. Der Besuch von Scheel in Athen wird, falls er stattfinden sollte, so vorbereitet werden müssen, daß er im Sinne der NATO-Partnerschaft politische Früchte für Europa trägt.

(-/6.4.1973/ks/ex)